

Eine Arbeitshilfe

Ausweg aus dem Schuldenstrudel

Wer käme auf die Idee, einem schwachen Menschen einen besonders schweren Koffer in die Hand zu drücken – und wenn er nicht vorwärts kommt, seine Essensration zu kürzen? Humpelt er anschließend, packt man einfach noch ein paar Kilo zusätzlich ins Gepäck. Solch ein Vorgehen erscheint als absurd. Doch genau so sah der Umgang mit verschuldeten Entwicklungsländern jahrzehntelang aus. Viele Staaten schleppen bis heute so hohe Lasten, dass an Entwicklung nicht zu denken ist.

Angefangen hatte alles in den 70er Jahren. Der hohe Ölpreis hatte riesige Dollar-mengen in die Kassen der Förderländer gespült – und die gingen damit auf Einkaufstour. Die Nachfrage nach Luxusgütern, Waffen und Bauprojekten stieg, und daran verdienten vor allem Firmen aus Industrieländern gut. Sie wollten das Geld anlegen, um es weiter zu mehren. Deshalb warben große Banken mit niedrigen Zinsen und guckten bei der Kreditvergabe nicht genau hin. Viele Entwicklungsländer griffen zu. So entstanden dort häufig

unwirtschaftliche Industrieanlagen, Staudämme und Flughäfen. Nicht selten verprassten korrupte Regierungen das Geld auch für Prunkbauten oder überwiesen es auf Schweizer Nummernkonten. Sieben Milliarden Dollar soll Zaires Diktator Mobutu aus der Staatskasse abgezweigt haben – und damit erheblich zur Verschuldung der heutigen Demokratischen Republik Kongo beigetragen haben. Auch das südafrikanische Apartheidsregime finanzierte den Kauf von Waffen über Kredit. 



Evangelisch-
Lutherische
Landeskirche
Mecklenburgs

www.kirche-mv.de



Evangelischer
Entwicklungsdienst

www.eed.de



www.brot-fuer-die-welt.de

Die Schuldenfalle: Hohe Zinsen, niedrige Einnahmen

2 Anfang der 80er Jahre schnappte die Schuldenfalle zu. Vor allem, weil US-Präsident Ronald Reagan sein Rüstungsprogramm auf Pump finanzierte, stiegen die Zinssätze rasant. Die Rohstoffpreise – nach wie vor Haupteinkommensquelle der meisten Entwicklungsländer – waren zu niedrig, um die Zinsen zu bedienen. Deshalb mussten sie weiteres Geld leihen und gerieten immer tiefer in die roten Zahlen. Meist blieb dann nur noch ein Vertrag mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Der verordnete stets einen radikalen Sparkurs: Der Staat durfte weder für billiges Brot noch kostenlosen Unterricht sorgen und musste die Wirtschaft auf den Export ausrichten. Die Rechnung bezahlten vor allem die Ärmsten. Viele Familien konnten ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Wo früher Kleinbauern ihre Nahrung angepflanzt hatten, produzieren nun Großplantagen Kaffee und Baumwolle für internationale Kunden. 2

3 Dabei konnten alle Sparanstrengungen nichts daran ändern, dass die meisten Länder immer tiefer in den Schuldenstrudel gerieten. Selbst IWF und Weltbank sahen Mitte der 90er Jahre ein: Wer irgendwann wieder Eier bekommen will, darf dem Huhn nicht die Luft abdrücken. Beim G8-Gipfel 1999 in Köln beschlossen die mächtigsten Regierungschefs schließlich eine Entschuldungsinitiative für 42 Länder. Auch danach stand das Thema immer

wieder auf der Tagesordnung. Doch tatsächlich änderte sich nur wenig. Im Sommer 2005 verkündeten die G8 dann sogar einen „100-Prozent-Erlass“ für einige Staaten. Verbunden war die Initiative mit der Aufforderung, das freiwerdende Geld in die Armutsbekämpfung zu stecken.

100 Prozent klingt gut, ist aber zu wenig

Ist damit das Problem also nach Jahrzehnten endlich gelöst? Leider nein. Nach wie vor stehen die Entwicklungsländer mit 2.500 Milliarden Dollar in der Kreide – gestrichen wurden nur 100 Milliarden. Tatsächlich wurden nach dem 100-Prozent-Beschluss der G8 einigen Ländern die Schulden bei IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank gestrichen – doch andere Gläubiger wie die zwischenstaatlichen Banken blieben außen vor. So reduzierte sich die Last zum Beispiel für Mali nur um 56 Prozent. Faktisch hat Deutschland außerdem die Entwicklungshilfe für alle Länder gekürzt: Der Schuldenerlass wird aus dem Topf finanziert, der eigentlich für Aufbau- und Unterstützungsprojekte vorgesehen ist. Das ist doppelt hart für ein Land wie Bangladesh, das bisher keinerlei Schuldenerlass bekommen hat – obwohl dort täglich 700 Kinder an Unterernährung sterben.

Dass das Streichen von Verbindlichkeiten trotzdem der richtige Weg ist, zeigt Tansania. Dort können heute fast alle Kinder eine Grundschule besuchen; bis vor kurzem mussten die Eltern dafür zahlen. Auch Hepatitis-Schutzimpfungen für alle soll es in dem ostafrikanischen Land künftig geben; noch sterben jährlich 20.000 bis 25.000 Menschen daran. 3

4 Seit langem setzen sich Kirchen und Nichtregierungsorganisationen für eine Entschuldung ein, bei der nicht Willkür oder die Interessen der Gläubiger im Vordergrund stehen, sondern die Situation des Schuldners. Wie viel kann ein Land abzahlen, ohne immer wieder in die Abwärtsspirale zu rutschen? Und wie viel Geld braucht es, damit es die Ziele zur Armutsbekämpfung erreicht? Bis zum Jahr 2015 soll die Zahl der Menschen halbiert werden, die an Hunger und Armut leiden – so hat es die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 beschlossen. Jedes Kind soll lesen und rechnen lernen. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, sollte ein Land seine Schulden bedienen müssen. Sonst haben die Menschen dort nie die Chance, dem Elend zu entkommen. 4



Nobelpreisträgerin
Wangari Maathai, Kenia

”

„Als Kirche haben wir eine moralische Verpflichtung aufzustehen und unsere Stimmen an die G8-Staaten zu richten und die Führer dieser reichen Nationen daran zu erinnern, dass die Schulden illegitim sind. Die Schuldenkrise ist immer noch eines der Haupthindernisse, Armut auf dem afrikanischen Kontinent

zu bekämpfen, genau wie in Asien und Lateinamerika. Damit die illegitimen Schulden gestrichen werden, müssen Kirchen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Parlamentarier einen erhöhten Druck auf Führer im Norden und im Süden ausüben.“

„Wenn wir Geberländer drängen, Kenia die Schulden zu erlassen, sollten Regierungsvertreter offen legen, wie sie öffentliche Gelder ausgeben.“

Bischof Martin Kivuva von der Katholischen Kirche in Kenia

“

Langer Atem für Entschuldung



Aus dem Norden

Der kleine Ort Heiningen in Baden-Württemberg ist weltoffen. Wenn jemand aus Nigeria oder von den Philippinen zu Besuch kommt, ist es nicht schwer, ein privates Bett für ihn zu finden. Und internationale Themen stehen im ökumenischen Gemeindehaus sowieso regelmäßig auf der Tagesordnung.

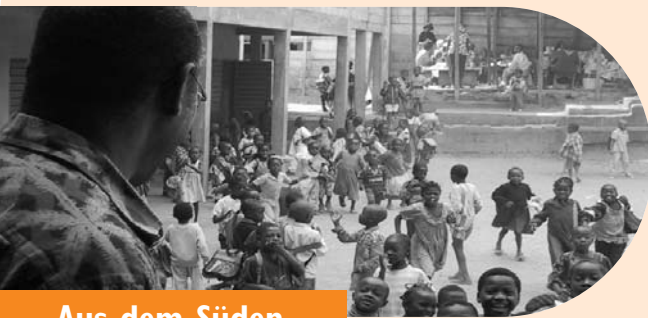
Seit vielen Jahren engagieren sich die Heiningen auch für die Entschuldung der Entwicklungsländer. Schon 1998 schickte Pfarrer Harald Wagner und „Pro Ökumene“ eine kleine Delegation zum G8-Gipfel nach Birmingham,

wo sie mit anderen Aktivisten aus Europa demonstrierte. „Wir waren so viele, dass einige Regierungschefs mit ihren Limousinen nicht mehr durchkamen“, berichtet Linde Janke. Nicht nur bei Gemeindefesten sammelten sie und ihre Mitstreiter danach eifrig Unterschriften, sondern auch beim Stuttgarter Kirchentag 1999. Anschließend brachten sie diese zum G8-Gipfel in Köln. Tatsächlich fassten die Regierungschefs damals die ersten konkreten Beschlüsse.

Auch im Gottesdienst macht Pfarrer Harald Wagner die Notwendigkeit zur Entschuldung immer wieder zum Thema. Die Zusammenarbeit mit dem katholischen Bildungswerk Göppingen ist seit Jahren selbstverständlich. Inzwischen trifft sich die Erlassjahr-Gruppe regelmäßig in der Kreisstadt. „Damit die Gruppe der Engagierten weiter wachsen kann“, begründet Linde Janke diese Entscheidung. Schließlich braucht man bei der Entschuldungskampagne nicht nur einen langen Atem, sondern so viele Aktive wie möglich.



Schulen statt Schulden



Aus dem Süden

Alle fünf Kinder der Familie Kamekela können heute zur Schule gehen. Seit kurzem müssen sie während des Unterrichts nicht mehr auf dem Fußboden hocken, sondern sitzen an stabilen Tischen. „Und demnächst will die Regierung auch eine Schulspeisung für alle einrichten,“ berichtet Marjory Kamekela aus Lusaka, deren Mutter die Familie durch den Verkauf von gebratenen Maiskolben durchbringt. Zwar sind die Lehrer an Sambias Selbsthilfe-Schulen nur sehr unzureichend ausgebildet. Doch die Regierung finanziert inzwischen Kurse, damit bald auch in den Klassenzimmern der Armen pädagogische Mindeststandards herrschen. „Mein Lieblingslehrer hat viel dazugelernt“ lobt Marjory,

deren Englisch- und Mathematiklehrer gerade eine dreiwöchige Fortbildung hinter sich hat. Ihre besseren Zukunftschancen verdanken die Kamekele-Geschwister dem Schuldenerlass, den die G8-Staats- und Regierungschefs vor zwei Jahren in Gleneagles beschlossen haben. Statt mit 7,1 Milliarden Dollar steht Sambia nun nur noch mit 500 Millionen Dollar bei internationalen Gläubigern in der Kreide. Dadurch muss das südafrikanische Land viel weniger Geld aus dem Staatshaushalt für Rückzahlungen einplanen.

Einen erheblichen Teil der frei gewordenen Mittel investiert Sambia ins Erziehungswesen. Vielerorts wurden die Schulgebühren reduziert und teilweise sogar ganz abgeschafft. Auch die nichtstaatlichen „Community-Schools“, die für einen Großteil der Kinder die einzige Bildungsmöglichkeit darstellen, bekommen Unterstützung. Wo sich Eltern für ein neues Schulgebäude engagieren oder Tafeln und Bänke anschaffen wollen, dürfen sie auf Unterstützung vom Staat hoffen. Zwar muss der Unterricht meist in zwei oder drei Schichten stattfinden und die Klassen sind groß. Aber immerhin haben heute viel mehr sambische Mädchen und Jungen überhaupt die Chance, lesen und schreiben zu lernen.

„Die extreme Armut in der Welt stellt unsere Auslegung von Mitmenschlichkeit und Humanismus massiv zur Debatte. Abhängigkeit und Schulden werden damit zur moralischen Frage. Wir sind eine Gemeinschaft, und in dieser Gemeinschaft fängt man erst an, Glück zu verspüren, wenn man sich um die Schwächsten kümmert und nicht, indem man sagt, wir haben selber genug Probleme, wir können das nicht. Wir können das ganz wunderbar.“

Herbert Grönemeyer

Schuldknechtschaft



Christen vergleichen die Situation der hochverschuldeten Länder mit der aus der Bibel bekannten Schuldknechtschaft. Sie bedeutet Abhängigkeit, Hoffnungslosigkeit, Marginalisierung, Not und Elend – und es gibt kaum ein Entrinnen. Die Bibel dagegen sieht zahlreiche Schutzbestimmungen für die Armen vor. Zum Beispiel sollen Arme keine Zinsen für Kredite zahlen.

Gegen die fortschreitende Verarmung von Entwicklungsländern durch ungeheure Altschulden, die zum großen Teil durch Diktatoren angehäuft worden sind, hilft nur ein durchgreifender Schuldenerlass. Viele Christen haben begriffen, dass die Vaterunser-Bitte von der Vergebung der Schuld auch für Geldschulden gilt.

Die Kampagne „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“, vormals „Erlassjahr 2000“ ist wohl das am breitesten von Kirchen und Gemeinden getragene politische Bündnis, das es je gab. Es fordert einen Schuldenerlass für die armen Länder und ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren für bankrotte Staaten. Das öffentliche Interesse war schon früh so groß, dass sich die Politik mit dem Thema Schulden befassen musste.

Links

www.erlassjahr.de

Entwicklung braucht
Entschuldung

www.deine-stimme-gegen-armut.de

Deine Stimme gegen
Armut: eine weltweite Aktion
gegen Armut

www.aktionfinanzplatz.ch

Aktion Finanzplatz Schweiz
spürt Diktatoren- und Korruptions-
geldern nach, die auf
Schweizer Banken lagern und
plädiert für die Streichung
illegitimer Schulden.

www.eed.delfinanz

Informationen zu Finanzierung
der Entwicklung

„Wir bekräftigen, dass Gott auf der Seite der Armen steht“

Die Armen werden ausgebeutet und unterdrückt. Ihre Armut ist kein Zufall. Sie ist sehr oft das Ergebnis einer bewusst darauf gerichteten Politik, Reichtum und Macht zu vergrößern. Armut ist ein Skandal und ein Verbrechen. Es ist Gotteslästerung zu sagen, sie entspreche dem Willen Gottes. Jesus ist gekommen, damit wir „das Leben in seiner ganzen Fülle“ (Johannes 10,10) haben. Durch seinen Tod und seine Auferstehung hat Christus die Mächte entlarvt und daher besiegt, die den Armen ihr Recht auf Leben in seiner ganzen Fülle verweigern (Lukas 4,16-21). Gott steht auf der Seite der Armen. Die Herrlichkeit Gottes spiegelt sich in dem Armen wider, der ein Leben in seiner Fülle hat (Erzbischof Oscar Arnulfo Romero aus El Salvador, ermordet 1980).

Jene, die die Gesellschaft als die „Geringsten“ behandelt, nennt Jesus seine Geschwister (Matthäus 25,31-46). Wir sehen zwar die Notwendigkeit diakonischer Dienste und dringender Maßnahmen in Notsituationen ein, doch müssen wir heute erkennen, dass die Bedürfnisse der „Geringsten“ nur dann befriedigt werden können, wenn die Strukturen der Weltwirtschaft grundlegend verändert werden. Wohltätigkeit und Hilfsprojekte allein können weder die Bedürfnisse der ärmsten Milliarde Menschen befriedigen, deren Mehrheit Frauen und Kinder sind, noch ihre Menschenwürde schützen. Die Lösung für die Schuldenkrise ist eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Umschuldungen reichen nicht aus.

Weltkonvokation des Ökumenischen Rates der Kirchen 1990 in Seoul.